

Tätigkeit der Senatskommission für den Besuch von Rentnern

16. Oktober 1964

Einzelinformation Nr. 914/64 über die Tätigkeit der Senatskommission für den Besuch von Rentnern in Westberlin

Quelle

BStU, MfS, HV A 203, Bl. 108–111 (8. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Ulbricht, Honecker, Stoph, Winzer, KGB Karlshorst – MfS: Schröder, Ablage, Akte.

Vermerk

Unter dem Titel: »Abt. II/951/8609 E 6697«.

Eine zuverlässige Quelle berichtet über die Tätigkeit der Kommission, die vom Westberliner Senat gebildet wurde, um Maßnahmen zur Vorbereitung des Besuches von Personen im Rentenalter aus der DDR¹ in Westberlin festzulegen. Die Kommission steht unter Leitung von Johannes Völckers² vom Büro für »Gesamtberliner Fragen«. ³

Die Kommission hat sich mit der Frage beschäftigt, inwieweit damit zu rechnen sei, dass Personen im Rentenalter den Besuch in Westberlin zur Republikflucht ausnutzen.

Die Kommission ist der Auffassung, dass die Anzahl derjenigen Rentner, die im Westen bleiben, gering sein werde, da dieser Personenkreis jederzeit die Möglichkeit habe im Rahmen der Familienzusammenführung nach dem Westen zu gehen. Darüber hinaus nimmt man an, dass ein großer Teil der Rentner sich zunächst einmal bei einem Besuch im Westen informieren will, um später die Konsequenzen zu ziehen.

Senatspressechef Bahr⁴ äußerte dazu, dass der Rentnerbesuch dazu beitragen werde, festgefügte Vorstellungen über die Bevölkerung der »Zone« zu zerstören. Man müsse sehen, was es in Deutschland und im Ausland psychologisch für Folgen haben werde, wenn die erdrückende Mehrheit der Rentner freiwillig in den »Machtbereich Ulbrichts« zurückkehren werde. Jeder Rentner, der im Westen bleibe, sei zwar ein Gewinn für den Westen, aber die Millionenzahl, die zurückkehre, werde die westlichen Positionen schwächen. Der Westen müsse sich rechtzeitig in seiner Argumentation auf diese Frage einstellen.

Die Kommission habe eine Reihe von Maßnahmen zur finanziellen Betreuung von Personen im Rentenalter beraten, die nach Westberlin reisen.

Bisher sei beschlossen worden, dass jeder Rentner ein Begrüßungsgeld ⁵ in Höhe von 30,00 DM, darüber hinaus 20,00 DM für kulturelle Zwecke und 6,00 DM für Fahrgeld erhält. (In der Presse wird inzwischen bestätigt, dass 30,00 DM für Rentner ausgezahlt werden. Jeder Rentner erhält vom Westberliner Senat ein Scheckheft, für das er Eintrittskarten für kulturelle Veranstaltungen erwerben kann. Darüber hinaus soll den Rentnern freie Fahrt auf den öffentlichen Verkehrsmitteln und freier Zutritt zu städtischen kulturellen Einrichtungen, wie Museen, Schlösser u. Ä. gewährt werden.)

In der Diskussion wurde in erster Linie auf die organisatorischen Fragen eingegangen, insbesondere darauf, wie diese Mittel den Rentnern zugänglich gemacht werden.

Dabei wurden drei Möglichkeiten erwogen:

1. Der Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel,⁶ Dr. Leopold,⁷ soll mit Hauptabteilungsleiter Behrendt⁸ in den nächsten Tagen ein Gespräch führen, um ihn offiziell davon zu unterrichten, dass die Westseite diese Zuwendungen an die Rentner vornimmt und als Nachweise Reisedokumente der infrage kommenden DDR-Bürger abstempelt. Gegen diesen Plan wurde geltend gemacht, dass, falls die Ostseite sich dagegen wende, der gesamte Plan hinfällig werde.
2. Die Reisedokumente sollen ohne vorherige Konsultation über die Treuhandstelle bei der Geldausgabe auf den Kreditinstituten abgestempelt werden.
Hiergegen wurde eingewandt, dass dadurch den Rentnern bei der Rückkehr große Schwierigkeiten erwachsen könnten.
3. Die Einführung eines exakten Meldesystems für die Rentnerbesuche wurde abgelehnt, da hierfür ein zu großer Arbeitsaufwand erforderlich ist.
4. Jeder Rentner soll eine Begrüßungsschrift bei seiner Einreise erhalten, die in ihrer Konzeption bereits genehmigt sei. Diese Begrüßungsschrift werde auch politische Stellungnahmen enthalten und vermutlich von Erhard⁹ und Brandt¹⁰ unterzeichnet werden. Einer solchen Begrüßungsschrift, die an jeden Rentner durch freiwillige Helfer übergeben werden könnte, könne unter Umständen eine Zahlungsanweisung beigelegt werden, die dem nächsten Geldinstitut vorgelegt werden kann.

Über keinen dieser Vorschläge ist bisher entschieden worden.

Neben diesem Programm, das eine finanzielle Unterstützung aller Rentner vorsieht, ist geplant, in Einzelfällen nach den Richtlinien des Bundessozialhilfegesetzes besondere Zuwendungen zu gewähren. Der Gastgeber müsse seine soziale Bedürftigkeit nachweisen, wenn er Unterstützungsgelder für seinen Gast beanspruchen will. Überlegungen gab es auch für die Fälle, bei denen der Gastgeber nicht in der Lage ist, seinen Gast in der eigenen Wohnung aufzunehmen. Man müsse hier entweder Zuschüsse für Übernachtungskosten zahlen oder die Person in den Gästehäusern des Senats und anderen leerstehenden Gebäuden unterbringen.

Für eine solche Gelegenheit böten sich die Wohnungen für westdeutsche Arbeitnehmer an, die noch nicht alle bezogen seien. Allein in Kreuzberg stünden 600 dieser Wohnungen frei.

Die Finanzierung dieser Maßnahmen soll über die Haushaltsstelle des Büros für »gesamtberliner Fragen« erfolgen, deren Mittel notfalls aufgestockt werden müssen. Weitere Mittel sollten aus dem Haushalt des Ministeriums für »gesamtdeutsche Fragen« kommen. Vorsichtige Schätzungen über den Mittelbedarf haben bereits zu sehr hohen Zahlen geführt, sodass eine Erhöhung der einzelnen Haushaltspositionen und eine Verwendung von Lottomitteln in Erwägung gezogen werden muss.

Die Kommission beschloss alle Fragen vertraulich zu behandeln und jede vorzeitige Publizität zu vermeiden. Einzelheiten werden nicht publiziert, damit die »östliche Seite« nicht die Möglichkeit habe, diese Maßnahmen zu torpedieren.

Die Information darf aus Gründen der Sicherheit der Quelle publizistisch nicht ausgewertet werden.

1

Vgl. den Beschluss des DDR-Ministerrates über die privaten Besuchsreisen von Bürgern der DDR im Rentenalter nach Westdeutschland und Westberlin v. 8.9.1964; BArch DC 20-I/4/1015; Mitteilung über einen Beschluß der Regierung der DDR. In: ND v. 10.9.1964, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19640910-0-1-10-0> (26.1.2017); vgl. DzD, IV. Reihe, Bd. 1, S. 963; vgl. auch Information 11/65.

2

Im Original: »Völker«. Johannes Völckers, Jg. 1924, seit Beginn der 1950er Jahre Mitarbeiter des Büros für Gesamtberliner Fragen, das von Theodor Thiele geleitet wurde. Vgl. Ensikat, David: Geb. 1924. In: Der Tagesspiegel v. 24.5.2002.

3

Büro für Gesamtberliner Fragen – 1951/52 gebildete, dem Regierenden Bürgermeister von Westberlin unterstehende Einrichtung »zur Beobachtung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Vorgänge« in Ostberlin, die zugleich auch als Rechtsberatungsstelle für Ostberliner fungierte. Vgl. Arndt, Melanie: Gesundheitspolitik im geteilten Berlin 1948 bis 1961. Köln, Weimar 2009 (Zeithistorische Studien; 43), S. 99 f.

4

Egon Bahr, Jg. 1922, Journalist, SPD-Politiker, 1950–60 Chefkomentator des RIAS, 1960–66 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Berliner Senats.

5

Auf der 139. Sitzung des Bundeskabinetts wurde am 14.10.1964 »eine Erhöhung der Bargeldhilfe für Besuchsreisen aus der SBZ und aus Ostberlin von 15,00 auf 30,00 DM« beschlossen. Zusätzlich übernahm die Bundesrepublik die Kosten für die Rückreise und für die Krankenversorgung. Die kommunalen Spitzenverbände, Städte und Gemeinden wurden aufgerufen, diese Beihilfen durch kommunale Ergänzungen zu verstärken. Hieraus ergeben sich unterschiedliche Zuwendungen an die aus der DDR Einreisenden in Form von Bargeldunterstützungen, kostenfreien Angeboten des öffentlichen Nahverkehrs, der Nutzung kultureller Einrichtungen usw. Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 17: 1964. Hg. f. d. Bundesarchiv v. Hartmut Weber. Bearb. v. Uta Rössel und Josef Henke. München 2007.

6

Vom Bundesministerium für Wirtschaft im November 1949 zur Organisation des innerdeutschen Handels gegründete Einrichtung. Sie hatte

seit 1950 ihren Sitz in Westberlin. Sie verhandelte von westdeutscher Seite mit den Wirtschaftsorganen der DDR und organisierte die Handelsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Vgl. DDR-Handbuch. Hg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. 3., überarb. und erw. Aufl., Köln 1985, S. 644.

7

Kurt Leopold, Jg. 1900, Verwaltungsbeamter, 1953–64 Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, die mit den Vollmachten von Bundesregierung und Berliner Senat (als »Währungsgebiet DM-West«) die handelspolitischen Verhandlungen mit der DDR (als »Währungsgebiet DM-Ost«) führte.

8

Heinz Karl Behrendt, Jg. 1913, Wirtschaftsfunktionär, 1965–78 als stellv. Minister für Außenhandel der DDR für den Handel mit der Bundesrepublik zuständig.

9

Ludwig Erhard, Jg. 1897, Politiker, für die CDU 1949–63 Bundesminister für Wirtschaft, 1963–66 Bundeskanzler, 1966–67 CDU-Vorsitzender.

10

Willy Brandt, Jg. 1913, SPD-Politiker, 1957–66 Regierender Bürgermeister von Westberlin, 1966–69 Bundesaußenminister, 1969–72 Bundeskanzler, 1964–87 Vorsitzender der SPD.